

Thesen zur alten und neuen Schuld der
Deutschen
auf dem Hintergrund des Ukraine-Krieges
und des von der Politik verursachten neuen Antisemitismus

von

Tristan Abromeit

Text 174

www.tristan-abromeit.de

Mai 2022

Anhang 2

Texte 174.6

Zusammengestellt Mai 2022

DENK-ZETTEL ZUR ENERGIEPOLITIK

Erstellt im September 1977 für die Mitglieder des Landesfachausschusses
Wirtschaft der Niedersächsischen FDP

An den

Vorsitzenden der Obersten Sowjets von Rußland

Herrn Boris Jelzin

Moskau UdSSR

5. September 1990

Niedersächsischer Landtag 75 Jahre ohne demokratische Legitimation

Briefe / Text / Zeitungsbericht

An die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages Frau Dr. Gabriele Andretta
Neustadt, den 12. Dezember 2021 Mein Beitrag zum 75. Geburtstag von dem Land Niedersachsen.
(Ich habe die freundliche Antwort von Frau Präsidentin verlegt. Inhaltlich konnte ich den Brief aber nicht
entnehmen, dass sie mein Anliegen verstanden hat.

Mir scheint es so, dass die Politiker erst mit dem behelfen, was möglich ist. Wenn das lange genug
praktiziert wird, wird zum Gewöhnlichen und danach wird es als das einzig mögliche Verfahren dargestellt.

DENK-ZETTEL ZUR ENERGIEPOLITIK ¹

- 1 Die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen nicht in einem Mangel an Energie oder in einer zu teuren Energie.
- 2 Die Ursachen für die Unterbeschäftigung der westlichen Volkswirtschaften ist die mangelnde Rentabilität des Kapitals (Kapitalismuskrise).
- 3 Die mangelnde Rentabilität als wesentlichster Bestandteil der Stagflation verursacht Zirkulationsstörungen des Geldes (Nachfrageausfall).
- 4 Diese Kapitalismuskrise, die immer wieder nach einer Periode der Vollbeschäftigung bei wachsender Realkapitalbildung eintritt und Marktwirtschaft unmöglich macht, kann mit keinem Energieprogramm behoben werden.
- 5 Arbeitslosigkeit kann durch Wirtschaftswachstum nur dann behoben werden, wenn alle Einkommen als Nachfrage wirksam werden.
- 6 Wenn aber die Nachfrage im Volumen dem Einkommen gleicht, dann haben wir auch ohne Wachstum Vollbeschäftigung.
- 7 Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen Grund für Atomenergie- und Rüstungsprogramme zur Erreichung der Vollbeschäftigung, wenn für eine ständige Zirkulation des Geldes gesorgt wird.
- 8 Prinzipiell ist auch eine Vollbeschäftigung bei Kerzenlicht möglich.
- 9 Der Ökonom hat den Wirtschaftspolitikern solche Art Konjunkturinstrumente anzubieten, die im Gegensatz zu der Atomenergie und den Rüstungsverkäufen ein Minimum an Risiko in sich tragen.
- 10 Die Gesellschaft muß ohne ökonomischen Druck zwischen Null-, qualitativem und quantitativem Wachstum entscheiden können.
- 11 Bei allgemein niedriger Rentabilität des Kapitals sucht Kapital nur dann in der Atome-

¹ Der Denkkzettel wurde erstellt im September 1977 für die Mitglieder des Landesfachausschusses Wirtschaft der Nieders.
FDP

Hier entnommen: „GLASNOST UND PERESTROJ KA auch in der Bundesrepublik Deutschland ein Brief an die Mitglieder des Bundestages von TRISTAN ABROMEIT / beigelegt in graphischer Form dargestellt und kommentiert HELMUT CREUTZ / Januar 1988 / neu formatiert April 2004“

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/4.0%20Glasnost%201.1988%20neu%20formatiert%204.04.pdf>

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/4.1%20Glasnost%20Die%20Korrespondenz%201988.pdf>

nergieerzeugung eine Anlage, wenn durch Subventionen hier die Rendite überdurchschnittlich ist. Es ist also (auch hier) zu fragen: Wer wird durch staatliche Programme in diesem Sektor bereichert und wer entreichert.

12 In der marktwirtschaftlichen Ordnung haben staatliche Wirtschaftsförderungsprogramme nur dann einen Sinn, wenn sie die Marktkräfte, d. h. den Wettbewerb entfalten, was von der Mehrzahl der Programme nicht gesagt werden kann.

13 Ein liberales Energieprogramm müßte also erst einmal einen Energiemarkt ermöglichen. Das bedeutet eine Umkehrung der Konzentration der Energiehersteller und Verteiler. Stadtwerke müßten gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeiten von verschiedenen Stromerzeugern Strom abnehmen können. Windkraftwerke z. B. müßten ohne große Schwierigkeiten auf vertraglicher Basis Strom in die Verteilernetze abgeben können.

14 Preise haben in der Marktwirtschaft eine zentrale Lenkungsfunktion. Eine illiberale zentrale staatliche Lenkung kann auch eingeführt werden, wenn (Strom-) Preise staatlich festgesetzt werden. Das gilt auch für Eingriffe in die betriebswirtschaftlich begründete differenzierte Gestaltung der Abnehmerpreise (Kartellabsprachen oder Preisdiktate ausgenommen).

15 Es ist unlogisch, die Volkswirtschaft der BRD von den erpresserischen (?) Preisen der Ölförderländer dadurch unabhängig machen zu wollen, indem man sich den Uranlieferanten (Oligopolisten) ausliefert. Die Geschichte mit den Petroleumlampen aus Omas Zeiten, die verschenkt wurden, um die Menschen durch Energieumstellung von den Petroleumlieferanten abhängig zu machen, sollte noch nicht vergessen sein.

16 Eine Volkswirtschaft wird nur dann Energierohstoffunabhängig, wenn sie Energien erschließt, die ihr auf dem eigenen Territorium in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

17 Da Rohstoffe wie Erdöl, Kohle, Erdgas und Uran in den einzelnen Volkswirtschaften unterschiedlich stark (in manchen gar nicht) vorkommen, sind sie auch eine der bedeutendsten Ursachen für die internationalen Spannungen (was auch von den anderen Rohstoffen gesagt werden kann). Es ist eine Illusion zu glauben, diese Spannungen in der Zukunft durch pathetische Worte oder durch militärische Stärke neutralisieren zu können.

18 Wenn wir unkontrollierte Entladungen vermeiden und den internationalen chancengleichen Wettbewerb ermöglichen wollen, dann kommen wir nicht umhin, den Förderzins für Öl, Gas, Uran und andere Rohstoffe nach Abzug nationaler Kosten zu internationalisieren, d. h. Erdöl, Kohle etc. gehört nicht nur den Arabern, Amerikanern, Deutschen usw., sondern allen Menschen. Hier ist eine der wenigen Fälle, wo es eine ökonomisch gerecht-

fertigte Einkommensumverteilung geben könnte. Die EWG, die freie Welt, die ganze Welt hätten hier eine Möglichkeit für einen sinnvollen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern vorzunehmen.

Hannover, im September 1977

Tristan Abromeit

Die weiteren Anlagen haben separate Seitenzahlen

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
3057 Neustadt 1
Bundesrepublik Deutschland

5. September 1990

An den
Vorsitzenden der Obersten Sowjets
von Rußland
Herrn Boris Jelzin

Moskau

UdSSR

Informationen zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Sehr geehrter Herr Jelzin,

bei uns in der BRD wird viel berichtet über die Schwierigkeiten die die Menschen allgemein und die Politiker speziell mit den Folgen der begrüßenswerten und notwendigen Perestroika haben.

Es wäre anmaßend von hier aus irgendwelche Vorschläge zur Lösung der vielfältigen Probleme machen zu wollen mit denen sich die Bürger der Sowjetunion abplagen müssen. Da nun aber richtigerweise als Voraussetzung eines positiven gesellschaftlichen Wandels die Offenheit über Tatbestände der vergangenen und gegenwärtigen Zeit und Möglichkeiten einer künftigen Gesellschaft als Bedingung begriffen wird, mag es doch berechtigt sein, auf das Modell einer dezentralen Gesellschaft, auf eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus hinzuweisen.

Es ist sicher so, daß die kapitalistisch geknebelte Marktwirtschaft humaner und effektiver ist, als das, was viele Menschen als "realexistierenden Sozialismus" erleiden mußten. Es ist aber auch so, daß die Menschen nicht in ihrem sozialen und ökonomischen Optimum leben dürfen, weil geistige Fehlleistungen und ein weitverbreiteter Struktur-Konservatismus auch bei uns den Weg in eine bessere Zukunft blockieren.

Wenn ich Ihnen als Anlage verschiedene Schriften sende, so habe ich nicht die Erwartung, daß Sie die selber lesen. Ich gehe davon aus, daß unter Ihren Beratern solche sind, die die deutsche Sprache lesen können und sich in der Ökonomie auskennen. Ich wäre dankbar, wenn ich eine kurze Eingangsbestätigung erhalten würde. Ich hoffe, daß die Perestroika schon so weit in der UdSSR fortgeschritten ist, daß der Geheimdienst sich nicht mehr als Zensor begreift.

Als Anlage füge ich bei:

- "Freiwirtschaft: Ein Ausweg aus dem Planungschaos" von Dirk Löhr
- "Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik"
- "Darauf kommt es an! ..."
- "Darauf kommt es an! II - Ergänzungen"
- "Offener Brief an die Mitglieder der Volkskammer der DDR und die Mitglieder des Bundestages der BRD" jeweils vom Absender dieses Briefes

Weitere Schriften sind lieferbar:

- "Überlegungen zu einer modernen Wirtschafts- und Währungsordnung in der DDR" von Elimar Rosenbohm
- "Offener Brief an die ReformerInnen in Osteuropa" von Werner Onken
- "Quo vadis DDR und Bundesrepublik? Gibt es einen Dritten Weg zwischen Markt und Plan, zwischen Kapitalismus und Sozialismus?" von Helmut Creutz

Weitere zahlreiche Schriften und Bücher älteren und neueren Datums zu den Themen "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" und "Föderative Gesellschaftsgestaltung" sind in diesem Jahrhundert erschienen. Die meisten Autoren dieser offiziell ignorierten Literatur rechnen sich der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftschule zu. Meine mir selbst gestellte Aufgabe ist es, Sie und ihre politischen Freunde auf das Modell "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" hinzuweisen. Was Sie mit diesen Informationen machen, ist ihre Angelegenheit.

Ich hoffe, daß die Entwicklung in der UdSSR und ihren auf Autonomie pochenden Republiken freiheitlich und human ist. Ich befürchte aber - sicher mit vielen Beobachtern gemeinsam -, daß die ganze Entwicklung umkippen wird, wenn es den Menschen in der UdSSR nicht gelingt, ihre Ökonomie in Ordnung zu bringen. Daß darauß eine erneute Bedrohung für Westeuropa entstehen könnte, liegt auf der Hand. Mein Engagement ist daher nicht nur idealistischer Natur, sondern auch ein Akt der Gefahrenabwehr.

Mit freundlichen Grüßen

T. A.

Anlagen

ГРУППА ЭКСПЕРТОВ
ПРЕДСЕДАТЕЛЯ ВЕРХОВНОГО
СОВЕТА РСФСР

N _____
от "21" _____ 12. _____ 1990г.
на N _____

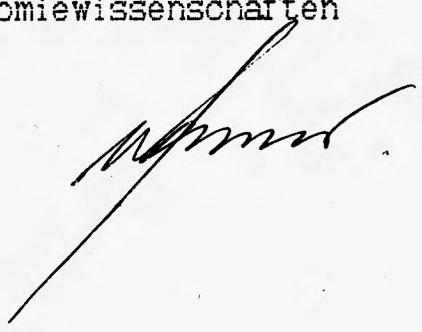
Дом Советов РСФСР
103274 Москва, К-274,
Краснопресненская наб., 2, к. 334
Тел.: 205-68-80

Geehrter Herr Abromeit!

Ich danke Sie für eine geschickte interessanteste Literatur. Gesagten Überlegungen sind uns ungefähr ähnlich. Ich bin versichert, das diese Ideen uns in Lösung unserer Problemen eine Hilfe leisten werden.

Im Auftrag B. N. Elzin

Chef der Expertgruppe,
Doktor der Ökonomiewissenschaften


Igor Nit

dingen) 379
379; 17. We-
(Brigachtal)
Standardge-
Weber 555;
526. Mann-
nfp: 1. Hirt
le 575; 14.
3. Sportpi-
burg) 566; 3.
5. Talmon
543. Mann-
Fahl 379; 4.
15. Talmon

Anlaß zu dem Urteil des Bundes-
sozialgerichts war der Fall eines Ar-
beitslosen aus Detmold, der durch
Wohnungswechsel dem Arbeitsamt
neun Monate lang nicht zur Verfü-
gung stand. Die Post vom Arbeits-
amt kam als unzustellbar zurück.
Das Arbeitsamt verlangte deshalb
von dem Mann 8880,60 DM gezahlte
Arbeitslosenhilfe zurück.

Der Mann wandte dagegen in dem
Prozeß ein, er habe bei einer persön-
lichen Vorsprache im Arbeitsamt einer
Mitarbeiterin des Amtes seine
neue Anschrift mündlich mitgeteilt.
Das Landessozialgericht von Nord-
rhein-Westfalen muß nunmehr prü-
fen, welche Folgerungen aus dem
Einwand des Mannes zu ziehen
sind. (Aktenzeichen: Bundessozial-
gericht 7 RAr 20/89).

Die Lufthansa hatte beim Bundes-
kartellamt die Absicht angemeldet,
sich mit gut 25 Prozent an der Interflug
zu beteiligen. Bei einem Zusammen-
schluß der beiden Fluggesellschaften
müsse davon ausgegangen werden, daß
sich die überragende Marktstellung
der Lufthansa auf dem Markt der Bun-
desrepublik Deutschland weiter ver-
stärkt, argumentierte das Kartellamt.
Auf dem Inlandsmarkt und im Flugver-
kehr zwischen der Bundesrepublik und
dem europäischen Ausland halte die
Lufthansa einen Marktanteil von deut-
lich über 50 Prozent, erst mit weitem
Abstand folge die British Airways mit
einem Marktanteil von gut zehn Pro-
zent. Ein Sprecher der Lufthansa wies
die Einschätzung des Bundeskartell-
amtes zurück. Der Anteil der Interflug
am Markt der DDR sei zu klein, um
marktbeherrschend zu wirken.

Magazin, und am vergangenen Don-
nerstag hätten sich die beiden Verleger
zu einer „weiteren Gesprächsrunde“
getroffen, zu der auch der ehemalige
„Bild“-Chefredakteur und stellvertre-
tende Springer-Vorstand Günter Prinz
(61) hinzugezogen worden sei.

„Der Spiegel“ zitiert einen Murdoch-
Vertrauten mit der Äußerung: „In
Deutschland ist Platz für eine zweite
national verbreitete Boulevard-Zei-
tung“, und ein Burda-Vertrauter habe
gesagt: „Die meinen es wirklich ernst.
Das gibt einen Zeitungskrieg, wie ihn
Deutschland noch nicht erlebt hat.“
Das Magazin schätzt die Anlaufkosten
eines solchen Boulevardblattes auf 200
bis 400 Millionen DM. Dies wäre, wenn
es soweit käme, „die teuerste Zeitungs-
einführung in der europäischen Pres-
segeschichte“. In der DDR gibt es der-
zeit noch kein eigenes Massenblatt.

Zweckbündnis in Moskau

Wirtschaftsreform unter Obhut von Gorbatschow und Jelzin

MOSKAU (dpa). Die sowjetische
Führung hat offiziell bekanntgegeben,
daß die UdSSR unter der gemeinsamen
Führung des sowjetischen Präsidenten
Michail Gorbatschow und des Vorsit-
zenden der Obersten Sowjets von Ruß-
land, Boris Jelzin, den Übergang zur
Marktwirtschaft einleiten will. Damit
hat Moskau am Wochenende erstmals
offiziell angedeutet, daß Gorbatschow
einen radikalen Übergang zu einer
Marktwirtschaft nicht mehr aus-
schließt. Führende sowjetische Politi-
ker betonten indessen die Notwendig-
keit einer unverzüglichen Einführung
der Marktwirtschaft als Voraussetzung
zur Überwindung der wirtschaftlichen
Krise des Landes.

In der Verfügung Gorbatschows, die
am Sonntag in den zentralen Zeitun-
gen veröffentlicht wurde, heißt es, daß
der Übergang zur Marktwirtschaft an-
zusehen sei als eine Grundlage des
neuen Unionsvertrages, der sich in Be-
arbeitung befindet. Nach Übereinkunft
von Gorbatschow und Jelzin sowie den
Regierungschefs der Sowjetunion und
Rußlands, Nikolai Ryschkow und Iwan
Silajew, soll eine Expertengruppe ihr
Konzept für einen Übergang zur
Marktwirtschaft bis zum 1. September
vorlegen.

Die Grundlagen des Konzepts, das eine
weitgehende Privatisierung der so-
wjetischen Wirtschaft innerhalb von
500 Tagen vorsieht, hatte der Jelzin-
Vertraute und russische Volksdeputier-
te Michail Botscharow dem Obersten
Sowjet der russischen Unionsrepublik
vorgetragen, als er sich vor wenigen

Wochen erfolglos um den Posten des
Regierungschefs in der größten so-
wjetischen Republik bewarb und Silajew
unterlag.

Im Mai war das von der sowjetischen
Regierung erarbeitete Konzept für einen
„Übergang zum regulierten Markt“
im Obersten Sowjet der UdSSR durch-
gefallen. Unter der Leitung des Akade-
miemitglieds Abel Aganbegjan arbeitet
seither eine Gruppe an einer Neufasung
dieses „Ryschkow-Planes“. Nach
Angaben des Präsidentenratsmitglieds
Jewgeni Primakow sollen die Materia-
lien dieser Gruppe mit denen der von
Gorbatschow und Jelzin ernannten
Gruppe, der mehrheitlich radikale Re-
former angehören, zusammenfließen.
Der Zeitung „Iswestija“ sagte Prima-
kow am Samstag, die Autoren des ru-
sischen „500-Tage-Plans“ seien zu einer
sachlichen Zusammenarbeit mit der
sowjetischen Regierung bereit.

Indessen hat sich der lettische Mini-
sterpräsident Ivars Godmanis dafür
ausgesprochen, weitere westliche Wirt-
schaftshilfe für die Sowjetunion erst
mit Einführung der Marktwirtschaft
dort zu leisten. Ein „Faß ohne Boden“
sei die gegenwärtige Wirtschaftsord-
nung für Westhilfe, sagte Godmanis im
Gespräch mit der Deutschen Presse-
Agentur am Samstag in der lettischen
Hauptstadt Riga. Mit der Marktwirt-
schaft, die nach Angaben von Godma-
nis mit der Freigabe der Preise im Ok-
tober in Lettland eingeführt werden
soll, müsse allerdings verstärkt finan-
zielle Hilfe aus dem europäischen Aus-
land und den USA fließen.

„Unerträgliche Ungewißheit“

OSNABRÜCK (dpa). Die IG Met-
tall hat die „unerträgliche Ungewiß-
heit“ für westdeutsche Investoren in
der DDR scharf kritisiert. In einem
Interview der „Neuen Osnabrücker
Zeitung“ (Samstagsausgabe) beklag-
te der stellvertretende IG Metall-
Vorsitzende Klaus Zwickel, daß bis
heute die finanzielle Lage und die
Marktsituation der Unternehmen in
der DDR völlig unklar seien. „Wer
wollte es den bundesdeutschen Un-
ternehmen verübeln, daß sie ihr
Geld nicht in ein Faß ohne Boden
stecken?“ sagte Zwickel. Man könne
auch nicht die Unternehmen durch
Überstundenabbau und damit Ver-
knappung der Arbeit „in Richtung
DDR in Marsch setzen“. Schon jetzt
könnten sie dort billiger produzie-
ren. Es mangle nicht an Geld, son-
dern an klaren Verhältnissen.

Angesichts der Liquiditätsproble-
me der DDR-Betriebe verlangte
Zwickel, Lohnzahlungen notfalls
mit Krediten abzusichern. Ein
Lohnstopp in der DDR wäre sinnlos.
Nicht die Lohnabschlüsse in der
DDR, sondern die falsche Produkt-
ausrichtung, mangelnde Produktivi-
tät und großer Kreditbedarf mit ho-
hen Zinszahlungen seien die Grün-
de für die schlechte Finanzlage der
Betriebe. Zwickel geht davon aus,
daß nach den Wahlen Belastungen
auf die Bundesbürger zukommen
werden, „die weit über das befürch-
tete Ausmaß hinausgehen“. Das
könnten Steuererhöhungen oder
Sonderabgaben sein.

all

en: Bundes-
) (15:4, 15: 5,
0 (15:3, 15:7,
R - Spanien
bundesrepu-
e 1:3 (10:15,

urnier der
d - Spanien

nen

n, (Männer:
2. Namesnik
) m Freistil:
17,69; 3. Jor-
Schmetter-
s 2:10,88; 3.
Thompson
26,19. 200 m
ff 2:13,59; 3.



1. Austria
5. 3. Sturm

cher

h von Rom,
en. 192 Sei-
kartoniert,
Mark. Süd-
stükeil, der
e schaf-

nit großem
von Heri-
) Farbfotos,
m; Preis 28
ausen. Hin-
d Zitate aus
eser hinter
it Ergebnis-
Bundesliga,

Bodis-EE Zeitung

6.8.90

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt
abromeit@t-online.de
www.tristan-abromeit.de

An die Präsidentin des
Niedersächsischen Landtages
Frau Dr. Gabriele Andretta
Hannah-Arendt-Platz 1

30159 Hannover

Neustadt, den 12. Dezember 2021

**75 Jahre Bestand des Landes Niedersachsen
und noch keine demokratische Legitimation
(Offener Brief für die MdL Niedersachsen)**

Sehr geehrte Frau Präsidentin Andretta,

Es kann sein, dass ich bei der Verfolgung der Nachrichten in den Medien eine Meldung übersehen habe, die über eine Sitzung des niedersächsischen Landtags berichtet hat, in der die mangelnde demokratische Legitimation der niedersächsischen Landesverfassung aus Anlass des 75-jährigen Bestehens des Bundeslandes Niedersachsen erörtert wurde. Mir kam diese Frage wieder, weil sie mich schon lange beschäftigt. Ich habe auch schon meinen als Anlage beigefügten Beitrag zum 75. Geburtstag von Niedersachsen in einem Ordner liegen.

Eine Absendung an den Landtag unterblieb, weil sich mir meine Einschätzung in den Weg stellte, die mir sagte, dass das keinen Sinn ergibt, weil die Politik auf leise Töne des Protestes nicht reagiert oder nicht reagieren kann. Auch habe ich an die Belastung der Politiker durch die Corona-Pandemie gedacht und den Text daher zurück gehalten. Dabei konnte ich das Gefühl nicht loswerden, meine Begründung verdecke nur meine Feigheit. Und mein Gewissen sagte mir, dass mein krankheitsbedingtes Unwohlsein auch kein ausreichender Grund ist, meine Botschaft nicht an das zuständige Parlament in Niedersachsen zu senden.

Ich vernahm dann die Hinweise im Regionalfernsehen, dass das Jahr des 75. Geburts-

tag von Niedersachsen zu Ende geht und andere Meldungen zur Politik in Niedersachsen weckten zusätzlich meinen Widerspruchsgeist. Alle Überlegungen haben mich dann doch veranlasst meinen „Spruch“ zum 75. Geburtstag von Niedersachsen auf den Weg zu bringen.

Eine neue Bremse stellte sich ein, als ich nach der Anschrift des niedersächsischen Landtags suchte. Ich sah auf der Internetseite des Landtages das Bild von Ihnen und dachte, kann ich dieser Frau mein Schreiben in der Zeit des Schenkens zumuten.

Dann las ich unter der Überschrift „Liebe Besucherin, lieber Besucher“ den Satz:

Ich freue mich auf einen regen Austausch mit Ihnen, sei es mit einer E-Mail oder mit einem Kommentar in den sozialen Medien.

Ich habe die Aussage erst einmal als übliche Politiker-Floskel gewertet, denn von der Arbeitsbelastung, die Ihr Amt mit sich bringt, dürfte es Ihnen schon schwerfallen mit einem halben Dutzend Bürger außerhalb des Politikbetriebes zu korrespondieren.

Aber dann habe ich gedacht, dass hinter der Aufforderung ein echtes Bedürfnis Ihrerseits bestehen könnte. Sie könnten nämlich anhand eingehender Zuschriften ungefiltert durch die üblichen Selektionen durch die Medien, Umfragen, der Partei- und Verwaltungsbürokratie etwas über die Meinungen und Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern direkt erfahren. Diese Lesart war für mich dann das grüne Licht, mein Schreiben an Sie als Präsidentin des niedersächsischen Landtages und die Mitglieder des Landtages auf den Weg zu bringen.

Da das Thema Moor zurzeit politisch aktuell ist und das Moor in meiner Herkunft auch eine Rolle spielt, habe ich mich im Anhang zu einem biografischen Text auch zu dem Problem geäußert. Der Text hat den Titel „Die Freiwirtschaft und ich!“. Er ist zu finden unter <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/171.Die.Freiwirtschaft.und.Ich.pdf> , Seite 75 – 84.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Anlage bzw. Anhang: „Mein Beitrag zum 75. Geburtstag von dem Land Niedersachsen“
N.S. Meine Post geht an die Fraktionen als E-Mail-Anhang

Mein Beitrag zum 75. Geburtstag von dem Land Niedersachsen

Tristan Abromeit

September 2021

abromeit@t-online.de

(Entnommen aus meinem Text 173.2.6:

>> Aus meinem Papierkorb / letzte Nachrichten:

Gedanken über Medien, zu Milton Friedman, zu VWL und BWL, zu Vincent Vickers, Berlin und das Altsein, zum Wohnungsmarkt und zur Demokratie und Verfassungstreue auf dem Hintergrund von 75 Jahre Niedersachsen << ¹

Teil 3

Aspekte der Demokratie und Verfassungstreue

Der Beitrag ist durch Berichte über das Thema 75 Jahre Niedersachsen angeregt worden.

Ich bin als Oldenburger geboren, fühle mich aber als Niedersachse. Mein Familienname verweist auf Ostpreußen und weiter zurück auf Litauen.² Meine Mutter hat aber Eltern, die ihre zahlreichen Kinder als Fehn-Kolonisten in Elisabethfehn großgezogen haben.

Ich kann mich dunkel erinnern, das diese und auch andere Familien stark auf das Land Oldenburg bezogen waren, als dieses noch eine eigenständige Existenz hatte. Und dass es allgemein ein großes Murren gab, als das Land Oldenburg in das Land Niedersachsen aufgehen sollte. Ähnliche Geschichten könnte viele ehemalige Oldenburger erzählen. Es geht mir hier nicht um eine Besonderheit und letztlich auch nicht um die Zusammenlegung von vier Ländern zu einer neuen Einheit, die kann ja zweckmäßig sein. Es geht mit um das damalige entmündigende Verfahren der Zusammenlegung der Länder. Die Deutschen sollten sich nach ihren Leiden durch den Krieg und die Konfrontation mit den Leiden, die sie anderen Menschen zugefügt hatten, in einem zweiten Anlauf, die Demokratie aneignen. In der Realität wurden sie aber nur als Statisten der Politik gebraucht. Ich versuche den Vorgang mit Auszügen aus Netzbeiträgen zu verdeutlichen.

Die Geburtsstunde des Landes Niedersachsen am 1. November 1946 mit

¹ Im Anhang Hinweise auf vorhergehende Texte.

² Mein Vater ist im Memelland geboren. Auf seiner Wanderschaft in den Westen landete er in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten Ende der zwanziger Jahre in Hamburg in der Arbeitslosigkeit. Er soll dann in einer Zeitung gelesen haben, dass in Barbel, meinem Geburtsort (angrenzend an das Saterland, Ostfriesland und das Ammerland) noch ein Platz für einen Friseur wäre. Er hat sein Koffer gepackt, in Barbel ein Zimmer gemietet und im Alter von 23 Jahren einen Friseursalon eröffnet.

der "Verordnung

Nr. 55" ist zunächst ein nüchterner Akt der britischen Militärregierung. Bereits im August hatte die Besatzungsmacht mit der Auflösung der preußischen Provinz Hannover den Anfang gemacht. Aus den vier - bisher auf ihre Selbstständigkeit bedachten - Ländern Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe sollte ein Land werden. Niedersachsen - um im Bild der Geburt zu bleiben - war ein zunächst schwaches Kind und keineswegs ein "Wunschkind". In den Regionen Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe gab es starke Vorbehalte gegen eine Vereinigung mit dem flächenmäßig übermächtigen Land Hannover. Doch bei der britischen Militärregierung stieß der Vorschlag des hannoverschen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) zu einer Fusion auf Zustimmung.

Von einem künstlichen Gebilde wollte Kopf, der erste Landesvater, dabei nichts wissen:

<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/1-November-1946-Das-Land-Niedersachsen-wird-gegruendet,niedersachsen814.html>

Bei Peter Hoffmann heißt es in seinem Beitrag „Niedersächsische Geschichte kurz gefasst“ zu Hinrich Wilhelm Kopf, dem ersten Ministerpräsidenten:

Er griff die Empfehlungen der Brüning'schen Denkschrift von 1929 wieder auf und steckte die Grenzen eines künftigen Landes Niedersachsen ab. Die Grundidee seines Vorschlags war, das neue Land Niedersachsen als einheitlichen Natur- und Wirtschaftsraum zu begreifen und die Gelegenheit zu ergreifen, die veralteten und nur aus historischdynastischen Gründen entstandenen innerdeutschen Grenzen und Verwaltungsgliederungen zwischen den vormaligen preußischen Provinzen Hannover und Westfalen zugunsten einer naturräumlich orientierten und wirtschaftlich vernünftigen und zeitgemäßen Lösung zu überwinden.

In einem Netzeintrag zum Land Oldenburg heißt es kurz:

1946 wurde das [Land Oldenburg](#) auf Beschluss der englischen Besatzungsmacht Bestandteil des neuen Bundeslandes Niedersachsen, Oldenburg wurde Sitz des „[Verwaltungsbezirks Oldenburg](#)“, eines der damals acht [Regierungsbezirke](#) des Landes.


[https://de.wikipedia.org/wiki/Oldenburg_\(Oldb\)#Nachkriegszeit](https://de.wikipedia.org/wiki/Oldenburg_(Oldb)#Nachkriegszeit)

Das ganze Verfahren mag damals im Hinblick auf den Zustand der Niedersachsen in spe als angemessen gewertet werden können. Aber unterscheidet sich dieses Verfahren wesentlich


von dem Politikverständnis der vorher herrschenden Nationalsozialisten? Es galt doch damals die künftigen Niedersachsen von möglichen (auch emotionalen) Bindungen an die NSDAP zu lösen. Auch die Abfassung und Beschlussfassung der niedersächsischen Verfassung vom 13. April 1951 ohne Beteiligung des Volkes von dem auch nach dieser Verfassung im Artikel 2 (1) alle Staatsgewalt ausgeht. Das kann man mit Blick auf die damaligen Zeitumstände im Nachhinein mit Bauchschmerzen hinnehmen, weil es den Zeitumständen geschuldet war. Aber spätestens als der Artikel 61 (2) der da lautet: „Diese Verfassung tritt ein Jahr nach Ablauf des Tages außer Kraft, an dem das deutsche Volk in freier Entscheidung eine Verfassung beschließt.“ angewendet werden musste, hätte die Gesamtheit der Niedersachsen eine Verfassung beschließen müssen.

Die neue Niedersächsische Verfassung wurde aber mit einem Gesetz beschlossen, für das der Niedersächsische Landtag (wenigstens im demokratischen Sinne) keine Kompetenz hat. Das ist ein Demokratieverrat, wie es die Exekutive und Legislative auf Bundesebene auch mit dem Grundgesetz gemacht hat. Spätesten jetzt, wo das 75-jährige Bestehen von Niedersachsen bedacht wird, wäre erforderlich, die Geburtsfehler von Niedersachsen zu korrigieren. Das ganze Verfahren im Bund und in den Ländern hat uns die Parteienherrschaft aber nicht eine Demokratie, die ihren Namen verdient, beschert. Das sage ich als langjähriges Parteimitglied, der damit nicht die Leistung der Parteimitglieder herabwürdigen will. Dass die Deutschen ihre Demokratie nicht erarbeitet und erstritten, sondern verordnet bekommen haben, hat unsere Demokratie auf tönernen Füßen gestellt. Ganz einfach, die niedersächsische Verfassung ist im demokratischen Sinne nicht sturmfest und erdverwachsen. T.A.

Texte zur Verfassung

- 6.1  **Darauf kommt es an!** (108 Seiten, 610 KB)
Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR
gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus *Dezember 1989 / Januar 1990*

>>>>>>

- 9.0  **Die Verfassungs-Piraten**
Arbeitsmappe für:
- parlamentarische Verfassungskommissionen
- Bürgerrechtsvereinigungen
- mit dem Thema befasste Einzelpersonen und Institutionen
November 1991 (68 Seiten / 1 MB)

- 9.1  **Die Verfassungs-Piraten**
Anschreiben und Eingangsbestätigungen (13 Seiten / 274 KB)
- 10.0  **Verfassungsbeschwerde**
über die Entmündigung bei der Formulierung und Verabschiedung der fälligen neuen Verfassung und Antrag auf einstweilige Anordnung der Unterlassung der Ratifizierung der Maastrichter Verträge zur europäischen Währungsunion durch den Deutschen Bundestag
Oktober 1992 (40 Seiten / 2147 KB)
- 10.1  **Die Antwort**
und andere Rückmeldungen (15 Seiten / 459 KB)
-
- 11.0  **Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!**
Eine Mahnung und Warnung bzw. eine Anklage als Offener Brief an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages, des Bundesrates und des Bundestages - *April / Mai 1993*
- 11.1  **Die Korrespondenz**
-
- 18.0  **Agenda Niedersachsen 2001 - 1. Teil - Inhaltsübersicht**
Der Ministerpräsident - Schuldenverwalter oder ein Gesellschaftsgestalter?
Offener Brief vom *Oktober 1999* für den Ex-Kommilitonen Herrn Gerhard Glogowski (Niedersächsischer Ministerpräsident)
(7 Seiten, 143 KB)
- 18.1  **Agenda Niedersachsen 2001 - erster Teil - Haupttext** (68 Seiten, 742 KB)
- 19.1  **Agenda Niedersachsen 2001 - zweiter Teil - Haupttext** (151 Seiten, KB)
- 171  **Die Freiwirtschaft und ich!**
Lebensrückblick mit dem Hinblick auf das besondere Anliegen der Freiwirtschaft-Schule.
von Tristan Abromeit Januar und November 2021 (84 Seiten / 17,7 MB)
-

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/171.Die.Freiwirtschaft.und.Ich.pdf>

Aktuelles Thema im Anhang:
Der Sinneswandel in der Moor-Nutzung
(Andenauer, Naumann, Damaschke, Gesell zum Bodenrecht) 75 - 84

Festakt mit Öffnungsappellen

Landtag feiert 75-jähriges Bestehen / Ministerpräsident Weil (SPD) will mehr Frauen, Selbständige und Migranten im Parlament

Von Michael B. Berger

Hannover. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hat für eine Öffnung des niedersächsischen Landtages plädiert, damit die Breite des Volkes besser abgebildet werde. „Mehr Frauen und mehr Selbständige, mehr Menschen mit Behinderungen und mit Migrationshintergrund in die Parlamente – das alles sind sehr ernsthafte Forderungen, über die zu diskutieren sind“, sagte Weil bei der Festveranstaltung des niedersächsischen Landtages, der am Freitag sein 75-jähriges Bestehen feierte.

Prantl fordert mehr Direktheit

Als Hauptredner hatte Landtagspräsidentin Gabriele Andretta (SPD) den Publizisten Heribert Prantl geladen. Auch er plädierte für mehr Elemente von direkter Demokratie in der repräsentativen Demokratie. „Sie braucht eine Prise Direktheit – auch wenn ich weiß, dass viele erschreckt von dannen laufen, wenn man nach den Pegida- und Corona-Erfahrungen nach mehr plebiszitären Elementen ruft.“ Doch gerade jetzt brauche die Gesellschaft so etwas wie Mediation.

Prantl bezeichnete es als Märchen, dass etwa die Weimarer Demokratie an plebiszitären Elementen zugrunde gegangen sei oder diese nur reaktionäre Elemente befördere. Der Jurist erinnerte an den Geist der Göttinger Sieben, jenen Göttinger Professoren, die dem hannoverschen König Ernst-August den Huldigungsakt verweigerten, weil er den Absolutismus wieder einführen wollte. Dieser Geist müsse herrschen. „Das Recht muss nie der Politik aber die Politik dem Recht angepasst werden.“ Diesen



Hauptredner: Heribert Prantl spricht beim 75. Jubiläum der parlamentarischen Demokratie in Niedersachsen im niedersächsischen Landtag.

FOTOS: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

Satz sollte man auf das Reiterstandbild Ernst-Augusts vor dem hannoverschen Hauptbahnhof schreiben, sagte Prantl und bekam Beifall.

Weniger Kompromissfähigkeit?

Auch der Vorsitzende der Konferenz der Landtagspräsidenten, Bremens Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff (CDU), sagte, die „Orte der Demokratie“ hätten sich verschoben und die Parlamente verlören an Bindungswirkung. Er beklagte, dass die Fähigkeit zum Kompromiss abnehme. Dabei sei sie „die Höchstform der Demokratie“.

Zu der Festveranstaltung waren Altbundespräsident Christian Wulff sowie die früheren Landtagspräsidenten Horst Milde (SPD), Rolf Wernstedt (SPD), Jürgen Gansäuer (CDU), Bernd Busemann (CDU) und Hermann Dinkla (CDU) gekommen sowie zahlreiche frühere Landtagsabgeordnete. Großbritanniens Botschafterin Jill Gallard war mit einer Videobotschaft zugeschaltet, weil sie an einer Außenministerkonferenz teilnahm. Sie erinnerte daran, dass die britische Militärregierung 1947 der ersten Landesregierung die Gründung einer Exportmesse vorgeschlagen hat, und betonte die enge Verbundenheit zwischen Nie-



Festgäste: Bernd Althusmann (2. v. l., CDU), Wirtschaftsminister, und Altbundespräsident Christian Wulff (2. v. r.).

dersachsen und Großbritannien, die sich etwa durch 50 Städtepartnerschaften ausdrücke. Die Band „Silver Beatles“ gratulierte mit einem Beatles-Song, das Orchester im Treppenhaus mit Klassik.

Andretta erinnerte an die widrigen Umstände der ersten Landtagsitzung im zerbombten Hannover – „nur Hungerrationen konnten damals ausgegeben werden“. Nach zwei Weltkriegen hätte man sich so eine Erfolgsgeschichte wie die folgenden 75 Jahre nicht vorstellen können. Doch heute müsse in der Ukraine die Freiheit verteidigt wer-

den. „Wenn die Ukraine sich wehrt, dann verteidigt sie unsere Werte.“

Gottesdienst vor dem Festakt

Daran hatte auch der hannoversche Landesbischof Ralf Meister in einem ökumenischen Gottesdienst vor dem Festakt erinnert und Parallelen zur heutigen Zeit skizziert. Als der Landtag gegründet wurde, standen im Land dringende Themen oben an: „Der Krieg und die Folgen. Flucht, Vertreibung, Aufbau – und die tiefe Dankbarkeit für den Frieden“, sagte Meister in der Marktkirche in Hannover.

Es zeichnet den Festredner Heribert Prantl und die anderen Redner aus, dass sie ein Unbehagen an unserer Demokratie wahrnehmen. Auch das Bild zeigt ein Ausschnitt der meist sympathischen und soliden Parlamentarier (aktive oder gewesene) aus. Also alles in Ordnung? Nichts ist in Ordnung, die Niedersachsen als Teil-Volk hatten noch nie eine Chance an einer Verfassung an ihr Land mitzuwirken, ebenfalls nicht an der Verfassung der Bundesrepublik und nicht an der Verfassung für Europa. Wir haben uns einfach im demokratischen Sinn verlaufen und zwar in Bezug auf die Verfassungen, des Föderalismus und den Ordnungsformen für die Bildung, die Erwerbsökonomie und bei der Wahl des sozialen Sicherungssystems. Den Mangel zu klären ist nicht die Aufgabe der Parteienherrschaft, sondern des ganzen Volkes.

Auf einer anderen Seite der HAZ der gleichen Ausgabe ist zu lesen dass, „mehr als 300 Rechtsextreme in den Sicherheitsbehörden“ erfasst oder geschätzt. Mich wundert, dass es nur so wenige sind. Unser Staat hat nicht die Verfassung, dass man ihn, ohne eine rosarote Brille aufzusetzen, lieben kann. Die Existenz der Rechtsextremisten und Linksextremisten haben dabei die Funktion dem Wahlvolk zu bescheinigen, dass die Politiker, die sich der politischen Mitte zurechnen, die Guten sind. Ich gönne ihnen diesen Ruf, nur verdient haben sie ihn nicht. TA 19.5. 2022